



Der Klub der BezirksräteInnen von LINKS-KPÖ stellt zur Sitzung der Bezirksvertretung am 23. September 2021 gemäß §23 BV-GO nachfolgende

## Anfrage

### **zum Betreff: Delogierungen in Rudolfsheim-Fünfhaus**

Der Nationalrat hat mit seinem 145. Bundesgesetz Mittel in Höhe von 24 Millionen Euro für die Jahre 2021-2023 als Delogierungsprävention beschlossen. Daraus ergibt sich gemäß § 23 der GO der BVs folgende

#### Anfrage

1. Wieviele Mieterinnen und Mieter in unserem Bezirk sind seit Juli 2020 von coronabedingten Mietrückständen und damit von Kündigungen/Zahlungsbefehlen und Delogierungen betroffen?
2. Wieviele Betroffene haben sich aus unserem Bezirk und in welcher Höhe um entsprechende Unterstützung bereits an das Bezirksamt und/oder an das zuständige Ministerium (Soziales, Gesundheit etc.) gewandt

#### Begründung

Die Initiative des Nationalrates zur Wohnungssicherung ist für viele Menschen in unserem Bezirk von äußerster Wichtigkeit. Kein Mieter, keine Mieterin darf auf Grund von coronabedingten Zahlungsschwierigkeiten seine/ihre Wohnung verlieren. Es wäre auch wichtig, dass die Bezirke entsprechende Aufklärungsarbeit für die MieterInnen im Bezirk initiieren, bzw. diesbezügliche rechtliche Beratung anbieten.